



FV Oberfranken w.V. • Neumarkt 20 • 96110 Scheßlitz

Frau Staatsministerin
Michaela Kaniber

**Forstwirtschaftliche Vereinigung
Oberfranken w.V.**

Neumarkt 20 • 96110 Scheßlitz

Jörg Ermert
Assessor des Forstdienstes
Geschäftsführer

Mobil: 0173 / 9726 103
Telefon: 09542 / 6979 959
Telefax: 09542 / 6979 952
E-Mail: info@fvoberfranken.de
Internet: www.fvoberfranken.com
Steuer-Nr.: 207/108/30569
USt ID: DE217805249

20. April 2020

Waldschäden in Oberfranken, Situation am Holzmarkt durch Corona

Sehr geehrter Frau Staatsministerin Kaniber,

die Forstwirtschaftliche Vereinigung Oberfranken w.V. (FVO) und die durch Sie vertretenen Forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse (FZus) mit über 20.000 Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer benötigen dringend Ihre Unterstützung. Daher wenden wir uns in diesem offenen Brief an Sie.

Nach den beiden Dürrejahren 2018 und 2019 startet auch 2020 wieder sehr trocken. Das BMEL hat letztes Jahr 500 Millionen Euro zur Beseitigung der Schäden bereitgestellt, 100 Millionen Euro wurden Bayern zugewiesen. Die Waldzustandserhebung hat letztes Jahr gezeigt, dass die Hauptschäden im Bereich Frankens liegen. Der mittlere Blatt-/Nadelverlust lag in den drei fränkischen Regierungsbezirken bei deutlich über 50 %, während in den anderen Regierungsbezirken der Wert unter 25 % lag.

Die neue Förderrichtlinie sichert den Waldbesitzern Unterstützung bei der Behebung und Vermeidung von Schäden zu. Voraussetzung ist die schnelle Verbringung des Holzes aus dem Wald; entweder durch die zeitnahe Abfuhr direkt zum Käufer oder durch Verbringung aus dem Wald an einen Lagerplatz, der weiter als 500 Meter vom nächsten gefährdeten Bestand entfernt ist. Die Förderung für die gesamte Holzmenge ist neuerdings auch davon abhängig, dass das komplette Restholz insektizid-frei und waldschutzwirksam behandelt wird.

Die Situation am Holzmarkt ist durch die Corona Krise katastrophal. Der Verkauf der kompletten Holzmenge ist nicht mehr gewährleistet. Unsere Abnehmer haben Probleme, da zum einen Schichten ausfallen, aber auch, da der Absatzmarkt der Holzprodukte stark



rückläufig ist. Unsere Holzkäufer kündigen bestehende Verträge und nehmen kein Holz mehr ab oder kontingentieren zumindest die Vertragsmengen.

Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer, die vom Amt aufgefordert werden, ihre Käferbäume zu beseitigen, kann von den FZus vor Ort eine Vermarktung des Holzes nicht mehr zugesichert werden. Falls eine Vermarktung möglich ist liegen die Aufarbeitungskosten über dem Erlös aus dem Holzverkauf. Auch Unternehmer für Hiebsmaßnahmen zu finden wird immer schwieriger. Die schiere Menge an Holz überlastet auch die FZus, daher kann auch die Aufarbeitung nicht zugesichert werden. Die komplette Prozesskette kommt zum Erliegen.

Die Aufarbeitung der befallenen Waldbestände ist nicht mehr im erforderlichen Umfang möglich. Die Abfuhr von mit Käfern befallenen Bäumen aus dem Wald findet nicht zeitnah statt. Schon im Frühjahr 2019 lag befallenes Käferholz fünf Monate an der Waldstraße bis es abgefahren wurde. Dieses Jahr ist die Situation noch angespannter als letztes Jahr, da die Nachfrage im Vergleich zum letzten Jahr zusammengebrochen ist. Der Käfer verbreitet sich ungehemmt in noch gesunden Beständen.

Unsere Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer sind oft nicht mehr in der Lage den Einschlag zu finanzieren, weil die Aufarbeitungskosten höher sind als der Holzerlös. Manche FZus mussten bereits Mahnungen an Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer schicken, damit diese die Aufarbeitungskosten bezahlen. Teilweise mussten Aufarbeitungskosten in Raten abbezahlt werden.

Daher ist es bei uns kaum möglich, die Förderung für die schnelle Verbringung aus dem Wald abzurufen. Schon die Aufarbeitung unterbleibt, da diese nicht finanziert werden kann. Das Verbringen des Holzes aus dem Wald auf Lagerplätze in ausreichendem Abstand zum nächsten gefährdeten Bestand ist oft nicht möglich, da geeignete Lagerplätze in unserer Region nicht verfügbar sind.

Die Situation ist in unserem Bereich außer Kontrolle geraten.

Diese Zustände in fränkischen Wäldern sind so unhaltbar!

Unsere Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer wollen ihren Wald nicht aufgeben!

Deshalb fordern wir sie auf, ihre staatliche Verpflichtung nachzukommen, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es den Waldbesitzerinnen und Waldbesitzern ermöglichen, den Borkenkäfer zu bekämpfen. Es besteht die Gefahr, dass in großen Gebieten Oberfrankens die Funktionen des Waldes verloren gehen. Unser Wald als Kohlendioxid-Speicher, Rohstofflieferant, Natur- und Erholungsraum für zukünftige Generationen steht auf dem Spiel.



Die Bilder aus Norddeutschland müssen uns eine Mahnung sein. Wenn Sie jetzt nicht handeln werden wir Ende dieses Jahres Bilder wie aus dem Harz auch bei uns haben.

Die Strategie „Insektizidfreie Bekämpfung des Borkenkäfers“ aus dem bayerischen Ministerium, inspiriert durch das Volksbegehren „Rettet die Bienen“ hat sich nicht bewährt. Die Bekämpfung des Borkenkäfers und auch anderer Schadorganismen ohne chemische Pflanzenschutzmittel zu favorisieren und dies auch massiv zu kommunizieren hat die Borkenkäfersituation im Wald und der anfallenden Holzmenge nur massiv verschärft. Deshalb fordern wir Sie als Fachbehörde dazu auf Ihre Strategie zu ändern, den Insektizid Einsatz, dort wo keine andere Möglichkeit besteht, anzuordnen und auch in die Förderung mit aufzunehmen. Dies muss auch in den Medien als dringend notwendig kommuniziert werden. Auch der Staat muss seine Vorsorgepflichten erfüllen.

Es war bis zu diesem Volksbegehren üblich, dass der Holzkäufer bei einer verspäteten Abfuhr des Holzes den Insektizid Einsatz auf seine Kosten durchführen mussten. Im Trend der Zeit fühlt der Käufer sich nicht mehr dazu verpflichtet. Der Insektizid Einsatz erfolgt zum Wohle des Waldes. Die jetzige Haltung ist ein Bärendienst für den Wald.

Es ist dringend erforderlich, dass Corona Hilfen auch bei den Waldbesitzern ankommen. Vielen Wirtschaftsbranchen wurde Unterstützung zugesagt. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die von Kurzarbeit betroffen sind, erhalten einen Teil ihres Gehalts vom Staat. Waldbesitzerinnen und Waldbesitzern, die Teile ihres Einkommens durch die Bewirtschaftung erzielten, verlieren die Arbeit von Generationen. Hier ist finanzielle Unterstützung genauso erforderlich wie in allen anderen Branchen auch.

Viele Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer sehen sich von Politik und Gesellschaft im Stich gelassen. Unter solchen Rahmenbedingungen ist es nicht mehr akzeptabel, Briefe an die Waldbesitzer zu verschicken, in der Ersatzmaßnahmen angedroht werden. Hier geht der Staat mit Zwangsgeldandrohungen und Ersatzvornahmen hart gegen Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer vor, die gleichermaßen Opfer des Klimawandels sind.

Diesem Schreiben sind Forderungen und Briefe unserer Mitgliedsvereinigungen beigelegt.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Schultheiß

1. Vorsitzender der FVO

**Forstwirtschaftliche
Vereinigung
Oberfranken w.V.**

Neumarkt 20
96110 Scheßlitz



Anlagen:

Schreiben der WBV Kronach-Rothenkirchen

Schreiben der WBV Lichtenfels-Staffelstein